

V E R T R A G
Ingenieurvertrag

Projekt: DRL Nord Barmstedt

Projekt-Nr.: 26105

zwischen dem

Abwasser-Zweckverband Südholstein (**AZV Südholstein**)

Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne Gebietshoheit,

Am Heuhafen 2

25491 Hetlingen

-nachfolgend „**Auftraggeber**“ genannt-

und

Name Ingenieurbüro

Straße + Hausnummer

PLZ + Ort

-nachfolgend „**Auftragnehmer**“ genannt-

wird folgende Vereinbarung geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Präambel	- 3 -
§ 1 Gegenstand des Vertrags	- 4 -
§ 2 Vertragsbestandteile	- 5 -
§ 3 Leistungspflichten des Auftragnehmers	- 6 -
§ 4 Stufenweise Beauftragung	- 14 -
§ 5 Termine / Fristen	- 15 -
§ 6 Haftung bei Bewerber-/Bietergemeinschaft („Arbeitsgemeinschaft“)	- 15 -
§ 7 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers	- 16 -
§ 8 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und fachlich Beteiligten	- 17 -
§ 9 Vergütung der Leistungen des Auftragnehmers; Skonto	- 18 -
§ 10 Abnahme der Ingenieurleistung	- 20 -
§ 11 Leistungen des Auftraggebers und anderer fachlich Beteiligter / Beteiligung von Fachbehörden	- 20 -
§ 12 Haftung	- 20 -
§ 13 Datenbearbeitungsbedingungen	- 22 -
§ 14 Kündigung, Sonderkündigungsrecht nach § 650r BGB	- 23 -
§ 15 Erfüllungsort und Gerichtsstand	- 24 -
§ 16 Sonstiges	- 24 -
§ 17 Salvatorische Klausel	- 24 -
Anlagen:	- 24 -

Präambel

Der AZV Südholstein, im Folgenden **Auftraggeber** genannt, ist Träger von Aufgaben im Bereich der Abwassersammlung, -transport und –reinigung, sowie der Niederschlagswasserbewirtschaftung. Das Einzugsgebiet des Auftraggebers hat eine Fläche von etwa 850 km² und umfasst den Kreis Pinneberg inklusive Helgoland, Teile der Kreise Steinburg und Segeberg sowie den nordwestlichen Teil Hamburgs.

Seit über 50 Jahren sorgt der Auftraggeber für saubere Gewässer und leistet seinen Beitrag für eine lebens- und lebenswerte Region. Als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und der kritischen Infrastrukturen (KRITIS) trägt er zur Entwicklung der Mitgliedskommunen bei.

Der Auftraggeber arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen, aber nicht gewinnorientiert. Er denkt und handelt nachhaltig. Der Auftraggeber verbindet verantwortungsvoll die rechtlichen, technischen und sozialen Anforderungen mit den digitalen Möglichkeiten. Weitere Informationen hierzu sind zu finden unter [Leitbild - AZV Südholstein](#)

Der **Auftragnehmer** trägt mit den in diesem Vertrag an ihn übertragenen Leistungen zu der Aufgabenerfüllung des Auftraggebers bei.

Im Bewusstsein der sich insbesondere aus der kommunalen Daseinsvorsorge und dem Betrieb von KRITIS für Mensch und Umwelt ergebenden Verantwortung schließen **die Parteien** den nachfolgenden Vertrag:

§ 1 Gegenstand des Vertrags

Projektnummer & -Bezeichnung: 26105 DRL Nord Barmstedt

Projektart: Neubau

Gegenstand des Vertrags sind Objekt- und Fachplanungsleistungen im Sinne der im Folgenden ausgewählten Leistungsbilder gemäß Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in ihrer Fassung vom 01.01.2021.

TEIL 2 Flächenplanung

- ☐ Bauleitplanung (§ 18 f.)
- ☐ Landschaftsplanung (§ 23 ff.)

TEIL 3 Objektplanung

- ☐ Gebäude und Innenräume (§ 34)
- ☐ Freianlagen (§ 39)
- ☒ Ingenieurbauwerke (§ 43)
- ☐ Verkehrsanlagen (§ 47)

TEIL 4 Fachplanung

- ☐ Tragwerksplanung (§ 51)
- ☐ Technische Ausrüstung (§ 55)

Einzelheiten ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung nebst Anlagen (**Anlage 1**).

§ 2 Vertragsbestandteile

(1) Vertragsbestandteile sind:

1. Die Leistungsbeschreibung in ihrer Fassung vom 05.06.2026 nebst Anlagen (**Anlage 1**).
2. Das Angebot des Auftragnehmers inkl. Preisblatt, nebst Anlagen in seiner Fassung vom 05.06.2026 nebst Anlagen (**Anlage 2**).
3. Die im Rahmen des Vergabeverfahrens abgegebenen vertraglichen Erklärungen und vertragsrelevanten Teile der Vergabeunterlagen (**Anlage 3**).
4. Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in ihrer Fassung vom 01.01.2021, soweit nach diesem Vertrag und seinen Anlagen nicht anders vereinbart.
5. Die Verdingungsordnung für Leistungen, Teil B, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) – Fassung 2003 – (BA Vz. Nr. 178a).
6. Ergänzend gilt das Werkvertragsrecht der §§ 631 ff., insbesondere der §§ 650p – 650t, BGB.

(2) Bei Widersprüchen gelten die Vertragsbestandteile in absteigender Reihenfolge.

§ 3 Leistungspflichten des Auftragnehmers

- (1) Die Einzelheiten zu den Leistungspflichten des Auftragnehmers, inklusive der beauftragten Leistungen, Leistungsphasen und besonderen Leistungen im Sinne der HOAI (und ggf. Ergänzungen) ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**). Im Übrigen und nachrangig gelten die allgemeinen Regelungen in den nachfolgenden Absätzen.
- (2) Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers
1. Der Auftragnehmer hat die Leistungen zu erbringen, die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung des Bauwerks erforderlich sind, um die zwischen den Parteien vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen. Soweit wesentliche Planungs- und Überwachungsziele noch nicht vereinbart sind, hat der Auftragnehmer zunächst eine Planungsgrundlage zur Ermittlung dieser Ziele zu erstellen. Er legt dem Auftraggeber die Planungsgrundlage zusammen mit einer Kosteneinschätzung für das Vorhaben zur Genehmigung vor. Die Ziele sind danach, sofern der Auftraggeber nicht von seinem Sonderkündigungsrecht gem. § 14 Gebrauch macht, durch Ergänzung dieses Vertrages mindestens in Textform zu vereinbaren. Zielkonflikte sind in jeder Leistungsphase zu vermerken und zwecks Beseitigung festzuhalten. Die am Projekt beteiligten Parteien erklären sich jederzeit bereit, an Lösungen zur Beseitigung der Zielkonflikte gleichermaßen mitzuwirken.
 2. Der Auftraggeber behält sich vor, dem Auftragnehmer über die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage1**) beschriebenen Leistungen hinaus Beratungsleistungen / Besondere Leistungen zu übertragen. Die Beauftragung hat in Textform zu erfolgen.
 3. Die Leistungen müssen den Stand der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit (auch im Hinblick auf die Folgekosten) einschließlich der Grundsätze und Voraussetzungen für einen späteren wirtschaftlichen Betrieb des Bauwerks / der baulichen Anlage und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Dies schließt nicht die Vorstellung und ggf. Erprobung innovativer Techniken und Lösungen aus. Der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, dass einer Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken nicht entgegenstehen.
 4. Der Auftragnehmer hat seiner Planung die mindestens in Textform verfassten Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich mindestens in Textform

mitzuteilen; er hat seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen.

5. Der Auftragnehmer haftet für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen. Die Leistungsanforderungen an den Auftragnehmer werden durch die Sachkunde des Auftraggebers nicht gemindert.
6. Der Auftragnehmer hat, soweit ihm übertragen, die Kosten sorgfältig zu ermitteln. Sie sind in den beauftragten Leistungsphasen fortzuschreiben. Wird erkennbar, dass die genehmigten Kosten oder die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung voraussichtlich nicht eingehalten werden können, hat er den Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe und unter Darlegung der aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Qualität, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts mindestens in Textform zu unterrichten und gleichzeitig ggf. Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
7. Der Auftragnehmer hat die ihm übertragenen Leistungen grundsätzlich persönlich mit seinen Mitarbeitern zu erbringen. Er darf diese Leistungen nur mit vorheriger, mindestens in Textform verfasster Zustimmung des Auftraggebers weiter vergeben.
8. Als Sachverwalter seines Auftraggebers darf der Auftragnehmer im Zusammenhang mit diesem Auftrag keine widerstreitenden Interessen, insbesondere Unternehmer- oder Lieferanteninteressen, vertreten. Auf §§ 6 und 7 Vergabeverordnung (VgV) und die vergaberechtlichen Parallelnormen wird hingewiesen.
9. Der örtliche Vertreter hat Stundenlohnarbeiten zu überwachen und Stundenlohnzettel zu prüfen. Bei Anerkennung der Stundenlohnzettel sind diese mit Unterschrift und Datumsangabe zu unterzeichnen.
10. Bestellung und Wechsel des örtlichen Vertreters des Auftragnehmers bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers mindestens in Textform.
11. Der Auftragnehmer hat die von ihm gefertigten Unterlagen als Verfasser zu unterzeichnen.
12. Über Vorgänge, die im Zusammenhang mit der Abwicklung der Maßnahme dem Auftragnehmer bekannt werden, ist gegenüber Dritten Stillschweigen zu wahren.
13. Der Auftragnehmer ist nicht zu Auskünften und Mitteilungen an Presse, Medien o.ä. berechtigt, es sei denn der Auftraggeber hat vorher in Textform die Zustimmung erteilt.

(3) Allgemeine Vorgaben zur Vorbereitung von Vergabeverfahren durch den Auftragnehmer

1. Die Vergabeunterlagen sind unter Beachtung der für den Auftraggeber verbindlichen Vergabevorschriften zu erstellen (je nach Auftragswert und Leistungsgegenstand: §§ 97 ff. GWB, VOB Teil A bis C, Landesvergabegesetze und -verordnungen, ggf. zusätzliche kommunale Vorschriften usw.). Soweit vorhanden, sind die Vorlagen des Auftraggebers zu verwenden.
2. Die vom Auftragnehmer für die Vergabe vorbereiteten Dokumente sind rechtzeitig, d. h. mindestens 1 Woche vor Veröffentlichung dem Auftraggeber zur Prüfung vorzulegen und mit diesem abzustimmen.
3. Die Vertragsparteien legen einvernehmlich die für den Datenaustausch erforderlichen technischen Bedingungen fest.

(4) Allgemeine Vorgaben zur Mitwirkung des Auftragnehmers bei Vergabeverfahren des Auftraggebers

1. Der Auftraggeber trifft alle wesentlichen Entscheidungen im Vergabeverfahren selbst. Dies betrifft insbesondere die Wahl der Vergabeart und die Auswahl von Bewerbern und Bietern.
2. Die Eröffnung von Angeboten hat durch die Submissionsstelle des Auftraggebers zu erfolgen.
3. Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der fachtechnisch und wirtschaftlichen Prüfung, insbesondere bei der Aufklärung von Unklarheiten und Widersprüchen in den Angeboten. Der Auftragnehmer führt stets eine vertiefte Prüfung inklusive Aufklärung durch, wenn der Preis des günstigsten in der Wertung verbleibenden Angebots mehr als 10 % von der vorherigen Kostenschätzung oder dem nächstgünstigeren Angebot abweicht.
4. Der Auftragnehmer hat einen Prüfungs- und Wertungsbericht unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Vorgaben zu fertigen.
5. Zuschläge erteilt der Auftraggeber selbst. Das Original der Vergabeunterlagen, insbesondere des Bauvertrages und des Auftragsschreibens (Zuschlagsschreibens) verbleibt beim Auftraggeber. Dem Auftragnehmer werden Mehrausfertigungen des Bauvertrages in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Alle Angebote werden beim Auftraggeber verwahrt.

(5) Allgemeine Vorgaben zur Objektüberwachung durch den Auftragnehmer

1. Mit der Übertragung der Objektüberwachung (Leistungsphase 8) übernimmt der Auftragnehmer die Aufgaben eines verantwortlichen Bauleiters i. S. d. nach Landesrecht geltenden Bauordnung.
2. Abweichungen vom Zeitplan sind dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Bei Verzögerungen sind die Ursachen darzulegen.
3. Schriftverkehr mit Dritten ist in Abstimmung mit dem Auftraggeber zu führen. Dem Auftraggeber ist eine Ausfertigung zu überlassen.
4. Die Bauleistungen sind grundsätzlich förmlich abzunehmen. Als Abnahmeniederschrift ist das Formblatt des Auftraggebers zu verwenden. Der Auftraggeber ist bei Festlegung der Abnahmetermine jeweils rechtzeitig einzubeziehen, damit er Gelegenheit zur Teilnahme hat.
5. Die mit dem Überwachen der Bauausführung Beauftragten müssen über eine abgeschlossene Fachausbildung (Dipl.-Ing., Ing. grad., M.Eng., B.Eng., M.Sc., B.Sc. oder vergleichbar) verfügen und über eine angemessene Baustellenpraxis – in der Regel von mindestens drei Jahren – verfügen. Diese Personen sind dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten mindestens in Textform zu benennen. Dies gilt auch bei einem eventuellen Wechsel.
6. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, an der Baustelle ein ausreichend besetztes Baubüro zu unterhalten. Die Einrichtung und Ausstattung des Baubüros sowie Beleuchtung, Heizung, Reinigung und Einrichtung eines Fernsprechanchlusses erfolgen im Einvernehmen mit dem Auftraggeber auf dessen Kosten.

7. Der Auftragnehmer hat darauf zu achten, dass die bauausführenden Unternehmen ihre Leistungen gem. § 14 VOB/B prüfbar und kumulierend abrechnen, d.h. die Rechnung übersichtlich und nach der Reihenfolge des Leistungsverzeichnisses aufstellen und die zum Nachweis an Art und Umfang der Leistungen erforderlichen Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, örtlichen Aufmaße oder sonstigen Belege (Stundenlohnzettel, Lieferscheine, Wiegenoten u.dgl. nur im Original!) vollständig übergeben. Der Auftragnehmer hat die Rechnungen der bauausführenden Unternehmen und die zugehörigen Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, örtlichen Aufmaße oder andere Belege zu prüfen und mit folgendem Vermerk zu versehen:

„Fachtechnisch und rechnerisch richtig.

Festgestellt aufEuro.

.....

(Ort, Datum, Unterschrift)“

Bei elektronischer Einreichung genügt statt einer eigenhändigen Unterschrift die Namensnennung in Textform.

8. Zum Zwecke der Prüfung sind alle Ansätze und Beträge mit Farbstift anzustreichen (schwarz, blau, rot, NICHT grün!). Bei elektronischen Unterlagen gilt dies für die digitale Bearbeitung entsprechend.
9. Mit der Gegenzeichnung des Prüfvermerks übernimmt der Auftragnehmer die Verantwortung dafür, dass:
- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verfahren worden ist,
 - die Bauleistungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang, wie berechnet, vertragsgemäß und fachgerecht ausgeführt worden sind,
 - die den Unternehmerforderungen zugrundeliegenden Ansätze nach den Vertrags- und Berechnungsunterlagen wie z.B. Bauverträge und Nachträge dazu, richtig sind,
 - alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Ausrechnungen richtig sind.

(6) Allgemeine Vorgaben zum Umgang mit geänderten und zusätzlichen Bauleistungen (Nachträge):

1. Der Auftragnehmer ist nicht befugt, mit den bauausführenden Unternehmen im Namen und auf Rechnung des Auftraggebers neue Preise zu vereinbaren. Aufträge auf Nachtragsangebote erteilt ausschließlich der Auftraggeber. Stundenlohnarbeiten werden nicht vereinbart, es sei denn, dies geschieht nach Rücksprache mit und auf Anordnung des Auftraggebers.
2. Über notwendige zusätzliche Leistungen und beim Auftragnehmer eingehende Nachtragsangebote ist der Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten.
3. Ordnet der Auftraggeber geänderte Bauleistungen an, hat der Auftragnehmer von den bauausführenden Unternehmen rechtzeitig – vor der Ausführung der Leistungen – Nachtragsangebote (mit Mengenansätzen und Nachtragspreisen) und die zur Beurteilung der Nachtragspreise erforderlichen Unterlagen (Kalkulation zum Hauptangebot und zum Nachtragsangebot) zu verlangen.
4. Beauftragungen zusätzlicher Leistungen, die nicht zur Herstellung des vertraglich geschuldeten Bauwerkes erforderlich sind, sind ausschließlich unter Einhaltung des zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen Vergaberechts durchzuführen. Der Auftragnehmer hat dieses zur Vorbereitung der Nachtragsunterlagen zu beachten.
5. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Notwendigkeit der Nachträge zu begründen, ferner zu bestätigen, dass diese Leistungen nicht bereits im Leistungsverzeichnis enthalten sind (auch keine Nebenleistungen i. S. der VOB/C darstellen) und im Übrigen die Nachtragspreise auf Übereinstimmung mit den Bestimmungen der VOB/B zu prüfen.
6. Bei Nachträgen hat der Auftragnehmer die Auswirkungen auf die Gesamtkosten darzustellen.

(7) Allgemeine Vorgaben zum Umgang mit Stundenlohnarbeiten:

1. Im Falle angeordneter Stundenlohnarbeiten dürfen nur Stundenlohnberichte entsprechend den Anforderungen gemäß §15 Abs.3 VOB akzeptiert und angenommen werden.
2. Die Stundenlohnzettel sind mit Eingangsstempel und Datum der Gegenzeichnung / Änderung zu versehen. Die Rückgabe ist ebenfalls per Datum zu vermerken, nach 6 Tagen ohne Rückgabe gilt der Stundenlohnzettel als anerkannt (§ 15 Abs. 3 S. 3 VOB/B).
3. Richtet das bauausführenden Unternehmen Forderungen aus nicht nachvollziehbaren Stundenlohnarbeiten an den Auftraggeber, die vom Auftragnehmer entgegen der v.g. Vorschriften unterzeichnet wurden, haftet der Auftragnehmer.
4. Wenn die Stundenlohnarbeiten einem anderen auf der Baustelle tätigen Unternehmen angelastet werden, so ist dem Auftraggeber dieses auf dem Stundenzettel mitzuteilen und des Weiteren dem Auftraggeber der nach VOB/B geführte Schriftverkehr der Fristsetzung zur Erledigung durch das betroffene Unternehmen mit der Bestätigung des fruchtlosen Fristablaufs beizufügen.

(8) Zu beachtende Vorschriften:

Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Vorgaben sowie der der einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und sonstigen geltenden Bestimmungen. Die Unfallverhütungsvorschriften und die sicherheitstechnischen Regelungen sind einzuhalten. Den Belangen des Umweltschutzes ist gebührend Rechnung zu tragen.

Der Auftragnehmer hat – neben den allgemeinen vergaberechtlichen Vorgaben – zusätzlich folgende Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung zu beachten:

- Das Vergabehandbuch für die Finanzbauverwaltungen für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (VHB) unter Berücksichtigung der landesspezifischen Regelungen zum VHB bzw. bei straßen- und/oder tiefbaulichen Maßnahmen;
- sofern die Maßnahme mit Fördermitteln des Landes gefördert wird oder es sich um eine Landesbaumaßnahme handelt und der Fördermittelbescheid dieses fordert, das Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA B-StB);
- das Handbuch für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes Schleswig-Holstein (HBBau), sofern die Maßnahme mit Fördermitteln des Landes gefördert wird oder es sich um eine Landesbaumaßnahme handelt und der Fördermittelbescheid dieses fordert.

§ 4 Stufenweise Beauftragung

(1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit dem Zuschlag mit den in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) beschriebenen Leistungen zunächst nur für

- Die Leistungsphasen 1 – 4 des Leistungsbilds Ingenieurbauwerke (§ 3, Abs. 2, § 43 i.V.m. Anlage 12 HOAI 2021)
- Die besonderen Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung Kap. II.3. exklusive der Bestandsvermessung

Durch gesonderten Abruf (mindestens in Textform) kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer ferner die folgenden weiteren Leistungen gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) übertragen:

- Die Leistungsphasen 5 – 9 des Leistungsbilds Ingenieurbauwerke (§ 3, Abs. 2, § 43 i.V.m. Anlage 12 HOAI 2021) inkl. der besonderen Leistungen gem. Leistungsbeschreibung Kap. II.1.
- Die besondere Leistung der Bestandsvermessung gemäß Leistungsbeschreibung Kap. II.3.

(2) Das Ergebnis jeder Leistungsphase ist mit dem Auftraggeber zu erörtern. Es ist eine nach dem Stand der Technik entwickelte wirtschaftliche Lösung zu präsentieren.

(3) Der Auftraggeber ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei; ein Anspruch auf Übertragung weiterer Leistungen besteht nicht. Der Auftragnehmer ist von der Verpflichtung, weitere Leistungen gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) zu erbringen, entbunden, wenn diese nicht innerhalb eines Zeitraumes von 36 Monaten nach Abschluss der zuletzt erbrachten Leistung beauftragt werden.

(4) Der Auftragnehmer kann aus der stufenweisen Beauftragung keine weitergehenden Vergütungsansprüche oder Schadenersatzansprüche ableiten.

§ 5 Termine / Fristen

- (1) Für die Leistungen nach § 1 i. V. m. der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) gelten folgende Fertigstellungstermine/Fristen:
- Leistungsphase 2 bis März 2027
 - Leistungsphase 3 bis Juni 2027
 - Leistungsphase 5 bis März 2028
 - Ausschreibung erste Bauleistungen ab Q2 2028
- (2) Der Auftragnehmer muss die Leistungen der LPh. 7 so durchzuführen, dass die bei den Baugewerken ausgeschriebenen Zuschlags- und Bindefristen vom Auftraggeber eingehalten werden können, d.h. dass die abgeschlossenen Prüfungs- und Wertungsberichte inkl. ggf. erforderlicher Aufklärungen i. S. v. § 15 VOB/A mindestens 11 Kalendertage vor Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist, bei EU-weiten Ausschreibungen mindestens 15 Kalendertage vor Ablauf übergeben worden sein müssen. Ist eine Unterschreitung dieser Fristen absehbar, so muss der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinweisen, um eine rechtzeitige Bindefristverlängerung zu ermöglichen.
- (3) In Lph. 8 und der örtlichen Bauüberwachung muss der Auftragnehmer die Rechnungen der Bauunternehmen dem Auftraggeber so rechtzeitig, d. h. mindestens 6 Tage vor Ablauf der vereinbarten Zahlungsfristen, zusenden, damit die Zahlungsfristen eingehalten werden können.
- (4)

§ 6 Haftung bei Bewerber-/Bietergemeinschaft („Arbeitsgemeinschaft“)

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem Auftraggeber unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen Weisung, mindestens in Textform, geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 7 Haftpflichtversicherung des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer muss das Bestehen einer Haftpflichtversicherung nachweisen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss sich der Versicherungsschutz in voller Höhe auf jedes Mitglied erstrecken.
- (2) Soweit nicht in den Vergabeunterlagen abweichend geregelt, müssen die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung mindestens betragen:
 - Für Personenschäden 3.000.000 €
 - Für sonstige Schäden 3.000.000 €
- (3) Dem Auftraggeber ist unaufgefordert der Versicherungsnachweis vorzulegen.
- (4) Der vereinbarte Versicherungsschutz ist über die Gesamtdauer des Projektes aufrecht zu erhalten.

§ 8 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und fachlich Beteiligten

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeiten alle an der Maßnahme Beteiligten aus seinem Büro mindestens in Textform zu benennen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen Projektleiterwechsel frühzeitig (min. 1 Monat im Vorwege) anzukündigen. Der Auftraggeber behält sich den Einspruch gegen das vorgeschlagene Ersatzpersonal vor.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber eine Erklärung über eventuell bestehende wirtschaftlichen Verbindungen zu für Bauaufträge des Auftraggebers in Betracht kommenden Unternehmen zukommen zu lassen.
- (4) Der Auftragnehmer übernimmt die Fachbauleitung i. S. v. § 56 Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO; Fassung vom 6. Dezember 2021).
- (5) Der Auftraggeber unterrichtet den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere an der Planung und / oder Überwachung fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Terminen / Fristen.
- (6) Der Auftragnehmer erteilt den Anderen fachlich Beteiligten Auskunft, gewährt ihnen Einblick in seine Unterlagen und stellt die erforderlichen Planungsunterlagen zur Verfügung.
- (7) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten hat der Auftragnehmer unverzüglich mindestens in Textform die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.
- (8) Schriftwechsel und Verhandlungen im Rahmen der übertragenen Leistungen mit bauausführenden Unternehmen, Behörden und Dritten erfolgen im Einvernehmen mit und unter Kenntnis des Auftraggebers.
- (9) Der Auftragnehmer willigt in die Weitergabe seiner Kontakt- und Kommunikationsdaten an andere Projektbeteiligte ein.

§ 9 Vergütung der Leistungen des Auftragnehmers; Skonto

- (1) Die Vergütung im Einzelnen ergibt sich aus dem Preisblatt (in der Fassung des Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)).
- (2) Für die besonderen Leistungen der LPh 5, sowie die „zusätzlichen Leistungen außerhalb der HOAI“ (Positionen 3.1 – 3.5) erhält der Auftragnehmer die vereinbarten Pauschalen gem. Preisblatt (in der Fassung des Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)).
- (3) Soweit keine Pauschalvergütung vereinbart sind, bestimmt sich das Honorar des Auftragnehmers für die nach den anrechenbaren Kosten (§ 4 Abs. 1 i.V.m. § 6 HOAI) auf der Grundlage der vom Auftraggeber mit dem Auftragnehmer einvernehmlich festgestellten Kostenberechnung; sofern diese noch nicht feststeht, der einvernehmlich festgestellten Kostenschätzung. Im Einzelnen gilt:
 - Einzelheiten ergeben sich aus dem Preisblatt (in der Fassung des finalen Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)).
 - Soweit in diesem Vertrag nicht abweichend geregelt, erfolgt die Abrechnung gemäß der jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geltenden Fassung der HOAI.
- (4) Soweit keine Pauschalvergütung vereinbart ist, erfolgt eine Anpassung des Honorars dadurch, dass für die betroffenen Leistungsphasen die veränderte Kostenberechnung als Honorargrundlage zugrunde zu legen ist. Nach Abschluss von Leistungsphase 3 ist eine Honoraranpassung infolge von Veränderungen der anrechenbaren Kosten ausgeschlossen. Etwas anderes gilt, wenn die Veränderung der anrechenbaren Kosten auf einvernehmlichen Änderungen des Leistungsumfangs um mehr als 10% beruht, der Auftragnehmer den Auftraggeber darüber im Vorhinein mindestens in Textform informiert und dieser mindestens in Textform zugestimmt hat.
- (5) Soweit eine Pauschalvergütung vereinbart ist, hat der Auftragnehmer gegen den Auftraggeber keinen Anspruch auf Honoraranpassung infolge von Veränderungen der anrechenbaren Kosten.

- (6) Für die Vergütungsanpassung im Fall von Anordnungen nach § 650b Absatz 2 BGB gelten die Entgeltberechnungsregeln der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung, soweit infolge der Anordnung zu erbringende oder entfallende Leistungen vom Anwendungsbereich der Honorarordnung erfasst werden. Im Übrigen ist die Vergütungsanpassung für den vermehrten oder verminderten Aufwand auf Grund der angeordneten Leistung frei vereinbar, wobei die im Preisblatt (in der Fassung des Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)) vereinbarten Stundensätze zugrunde zu legen sind. Im Übrigen gilt § 650c BGB entsprechend.
- (7) Soweit gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) besondere Leistungen geschuldet sind, gelten die im Preisblatt (in der Fassung des Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)) vereinbarten Honorar- und Stundensätze. Stets ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber darauf hinzuweisen, wenn und dass eine besondere Leistung oder eine Beratungsleistung anfällt und die ausdrückliche Anordnung zur Erfüllung dieser Leistung einzuholen. Zusätzliche Arbeiten, die durch Firmeninsolvenzen entstehen, werden ebenfalls entsprechend dem nachgewiesenen Zeitaufwand nach den im Preisblatt (in der Fassung des Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)) vereinbarten Stundensätzen abgerechnet, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wird. Alle weiteren Regelungen aus diesem Vertrag bleiben unverändert. Es wird vereinbart, dass ohne Erfüllung der Hinweispflicht und Einholung der mindestens in Textform verfassten Beauftragung kein Honoraranspruch besteht.
- (8) Der Auftragnehmer gewährt ein Skonto von % auf jede Zahlung innerhalb von Tagen nach Eingang der Rechnung beim Auftraggeber.
- (9) Der Auftragnehmer gewährt einen Preisnachlass von % auf die Gesamtsumme.
- (10) Die Erstattung von Nebenkosten i. S. v. § 14 HOAI ergibt sich aus dem Preisblatt (in der Fassung des Angebots des Auftragnehmers (**Anlage 2**)).
- (11) Die Umsatzsteuer für das Honorar des Auftragnehmers und für die zu erstattenden Nebenkosten ist in der Rechnung gesondert auszuweisen.
- (12) Die Parteien können Abschlagszahlungen nach Projektfortschritt vereinbaren.
- (13) Bei Rückforderung des Auftraggebers aus Überzahlungen i. S. d. § 812 ff. BGB kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung i. S. v. § 818 Abs. 3 BGB berufen.

§ 10 Abnahme der Ingenieurleistung

- (1) Die Abnahme erfolgt nach Erbringung aller Leistungen aus diesem Vertrag.
- (2) Der Auftragnehmer kann ab der Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer eine Teilabnahme der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen verlangen.

§ 11 Leistungen des Auftraggebers und anderer fachlich Beteiligter / Beteiligung von Fachbehörden

- (1) Folgende Leistungen aus dem Leistungsbild des § 43 der HOAI werden von dem Auftraggeber selbst oder in ihrem Auftrag von Dritten erbracht:
 - Siehe Siemon-Splittertabelle (Anlage zum Preisblatt)
- (2) Der Auftraggeber erbringt außerdem folgende Leistungen oder lässt sie in seinem Auftrag erbringen:
 - Baugrundgutachten
 - SiGeKo-Leistungen
 - Beweissicherung
- (3) Aus Gründen der Korruptionsprävention ist die Submission generell beim Auftraggeber durchzuführen.
- (4) Eine ggf. erforderliche Bekanntmachung eines Vergabeverfahrens (z. B. einer Öffentlichen Ausschreibung) erfolgt durch den Auftraggeber, allerdings liefert der Auftragnehmer die Inhalte zu.
- (5) Bei der Erarbeitung des Planungskonzepts sind u.a. folgende Fachbehörden (Dienststellen) zu beteiligen:
 - Untere Wasserbehörde
 - Untere Naturschutzbehörde
 - Untere Bodenschutzbehörde

§ 12 Haftung

- (1) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche bezüglich der Ingenieurleistung beträgt fünf Jahre und beginnt mit Abnahme. Verschweigt der Auftragnehmer einen Mangel arglistig, gilt § 634a Abs. 3 BGB.

(2) Die Mängelgewährleistungsrechte des Auftraggebers und Haftung des Auftragnehmers im Übrigen richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist:

- Haftet der Auftragnehmer wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik oder sonstiger schuldhafter Verletzung seiner Vertragspflichten, so hat er den Schaden am Werk und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen.
- Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der Auftragnehmer verlangen, dass ihm die Beseitigung des Schadens übertragen wird, soweit dies dem Auftraggeber zumutbar ist.
- Nimmt der Auftraggeber den Auftragnehmer wegen eines Überwachungsfehlers in Anspruch, der zu einem Mangel an dem Bauwerk oder an der Außenanlage geführt hat, kann der Auftragnehmer die Leistung verweigern, wenn auch der ausführende Bauunternehmer für den Mangel haftet und der Auftraggeber dem bauausführenden Unternehmer noch nicht erfolglos eine angemessene Frist zur Nacherfüllung bestimmt hat.

§ 13 Datenbearbeitungsbedingungen

- (1) Die Nutzungserlaubnis für die zur Verfügung gestellten Daten wird nur zeitlich befristet erteilt. Die Bearbeitung der Daten ist auf den vereinbarten Umfang bzw. Auftrag beschränkt.
- (2) Die ausführende Firma darf die Daten nicht für eigene Zwecke nutzen und nicht an Dritte weitergeben.
- (3) Die ausführende Firma hat dafür Sorge zu tragen, dass Dritte keinen Zugriff auf die Daten nehmen können und Bedienstete die Daten weder für ihre eigenen Zwecke nutzen noch Dritten zugänglich machen. Dazu sind organisatorische und technische Maßnahmen notwendig, über die auf Verlangen Auskunft gegeben werden muss. Neben internen Regelungen und Unterweisungen der Mitarbeiter müssen IT-Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, die unbefugten Zugriff auf die Daten verhindern. Es werden beispielweise folgende Mindest-Maßnahmen erwartet. Die Maßnahmen müssen für alle Systeme angewendet werden, auf denen die Daten gespeichert oder verarbeitet werden.
 - Nutzung aktueller Betriebssysteme inkl. aller Sicherheitsupdates
 - Verwendung von Software mit aktuellen Sicherheitsupdates / Patches
 - Virens Scanner mit mindestens täglichen Signatur-Updates
 - Verschlüsselung der Systeme oder der gespeicherten Daten, insbesondere bei mobilen Systemen
 - Schutz der Systeme und Netzwerke gegenüber dem Internet mit einer Firewall oder ähnlichen Maßnahmen
 - Übertragung der Daten auf gesichertem Wege
- (4) Die ausführende Firma hat die Daten nach Auftragsabwicklung auf allen ihren Rechnern und Datenträgern zu löschen. Dies betrifft auch Zwischenprodukte, Arbeitskopien und ähnliches.
- (5) Bei Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bedingungen hat die ausführende Firma alle dadurch entstandenen Schäden zu ersetzen.

Verpflichtungserklärung:

Die vorstehenden Bedingungen werden rechtsverbindlich anerkannt und sind Bestandteil dieses Vertrages.

§ 14 Kündigung, Sonderkündigungsrecht nach § 650r BGB

- (1) Der Auftraggeber kann bis zur Vollendung der vereinbarten Planungsleistungen jederzeit den Vertrag kündigen. Kündigt der Auftraggeber, so hat der Auftragnehmer Anspruch auf die Vergütung der bis dahin beauftragten, von ihm erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen. Kündigt der Besteller, so ist der Unternehmer berechtigt, auch die übrige für die bereits abgerufenen Stufen vereinbarte Vergütung zu verlangen. Er muss sich jedoch dasjenige anrechnen lassen, was er infolge der Aufhebung des Vertrags an Aufwendungen erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt. Die Parteien gehen davon aus, dass dem Auftragnehmer danach 5% der auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden vereinbarten Vergütung zustehen. Ein Anspruch auf Vergütung von noch nicht abgerufenen Stufen ist ausgeschlossen.
- (2) Beide Parteien können unter den gesetzlichen Voraussetzungen aus wichtigem Grund kündigen. Dem Auftraggeber steht zudem ein Sonderkündigungsrecht aus § 650r BGB zu. In den Fällen des S. 1 und S. 2 muss der Auftraggeber dem Auftragnehmer nur die beauftragten und bis dahin erbrachten in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen vergüten. Ein Anspruch auf Vergütung von noch nicht abgerufenen Stufen ist ausgeschlossen.
- (3) Jede Kündigung muss schriftlich erfolgen.
- (4) Der Auftraggeber und der Auftragnehmer können sich auch einvernehmlich darauf verständigen, dass der Auftragnehmer keine/weitere Leistungen aus dem Vertrag mehr zu erbringen hat (Aufhebungsvertrag). Eine solche Aufhebung des Vertragsverhältnisses liegt im Zweifel nur vor, wenn die Parteien sich auch ausdrücklich über die Vergütungsfolge für den nicht erbrachten Leistungsteil geeinigt haben.
- (5) Endet der Vertrag durch Kündigung oder sonstige Weise, muss der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich sämtliche bis dahin im Rahmen des Vertrags erstellte Planungsleistungen und -ergebnisse, Unterlagen usw. übergeben. Eigentum und Nutzungsrechte liegen vollständig beim Auftraggeber.

§ 15 Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen des Auftragnehmers ist der Ort der Baustelle, soweit die Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des Auftraggebers.
- (2) Soweit die Voraussetzungen nach § 38 ZPO vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz des Auftraggebers.
- (3) Es gilt deutsches Recht.

§ 16 Sonstiges

- (1) Ergänzend gilt das Gesetzesrecht der §§ 650p – 650t BGB („Architektenvertrag und Ingenieurvertrag“) in der bei Vertragsschluss geltenden Fassung.
- (2) Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform nach § 126 BGB. Das gilt auch für Änderungen dieser Klausel.

§ 17 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Anstelle der unwirksamen Bestimmung wird eine wirksame Regelung vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken im Vertrag.

Anlagen:

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung
- Anlage 2: Preisblatt in der Fassung vom xxx

Ort, Datum

Für den Auftraggeber

Ort, Datum

Für den Auftragnehmer